

---

---

# Wohnbauförderung – eine Bestandsaufnahme

Artur Streimelweger<sup>1</sup>

---

---

## 1. Einleitung

Wenn es um die Sanierung des öffentlichen Haushaltes geht, gerät auch immer wieder die Wohnbauförderung ins Visier von Einsparungsvorschlägen, so auch im Rahmen der aktuellen Diskussion um Budgetkonsolidierung und Verwaltungsreform. Pflichtschuldig preschte da etwa der Rechnungshof vor und empfahl eine Systemumstellung von Objekt- auf Subjektförderung<sup>2</sup> – ein Vorschlag, der eine gravierende Schwächung des staatlichen Instruments zur Wohnungsversorgung ebenso zur Folge hätte wie auch die Ratschläge von „Experten“, die Förderungsmittel radikal zu kürzen oder in andere Sektoren umzuleiten.<sup>3</sup>

Unbeachtet bleibt bei der Diskussion um die Wohnbauförderung, dass bereits in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte im Wohnbauförderungssystem stattfanden und dies zu einer nachhaltigen Reduktion der Leistungsfähigkeit und Selbstfinanzierungskraft der Wohnbauförderung führte. Ziel dieser Arbeit ist es, die entscheidenden Entwicklungslinien für die finanzielle Aushöhlung der Wohnbauförderung nachzuzeichnen. Dabei wird im Folgenden gezeigt, dass die Wohnbauförderung von mehrerlei Seiten unter Druck gekommen ist: einmal durch das Budgetlöcherstopfen mit Wohnbauförderungsmitteln, ein anderes Mal durch Umstellungen der Förderungssysteme der Länder, ein weiteres Mal durch neue Anforderungen und die Finanzierung nicht wohnbaurelevanter Maßnahmen bei gleichzeitig plafonierten Budgetmitteln. Eine Grundlage für den finanziellen Ausdünnungsprozess der Wohnbauförderung wurde mit der schrittweisen Verlagerung der Kompetenzen des Bundes an die Länder gelegt – eine Verlagerung, die einem Rückzug des Bundes aus der Wohnbauförderung als einem wesentlichen Instrument österreichischer Wohnungspolitik, der mit der Abschaffung der für den Wohnbau zweckgebundenen Investitionsbeiträge im Jahr 2009 seinen vorläufigen Abschluss fand, gleichkommt. Sowohl die Aufgabe wohnbauförderungspolitischer Kompetenz des Bundes als auch die finanzielle Ausdünnung der Wohnbauförderung können dabei als Teil eines wohnungspolitischen Strukturwandels beschrieben werden, der die Finanzierung der Wohnraumversorgung zunehmend marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen überantwortet und die Wohnbauförderung budgetpolitischen Zielen unterordnet.